

Festakt Verleihung des Bayerischen Verfassungsordens

München, 29. Februar 2024

Dr. Theo Waigel

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Präsidentin des Bayerischen Landtags,
sehr geehrte Ordensträger,
sehr geehrte Gäste!

Als erstes darf ich den neuen Trägern des Bayerischen Verfassungsordens meine herzlichen Glückwünsche und meinen Dank aussprechen, für das, was sie für unser Gemeinwesen, die Gesellschaft, die Demokratie, die Res Publica geleistet haben. Der Verfassungsorden ist die stolze Anerkennung für Ihr Engagement, für Ihr Tun und Ihr Vorbild in unserer Zeit. Sie haben sich um unsere Verfassung, die bayerische wie die deutsche verdient gemacht, denn diese Verfassung ist die Grundlage unserer politischen Ordnung, des politischen Handelns und unserer Rechten und Pflichten in unserer Heimat Bayern, unserem Vaterland Deutschland und unserer Integration in Europa.

Auf die Frage „Ist denn die Nation das Vaterland, dem wir unsere Kraft widmen“, antwortet Dolf Sternberger: „Das Vaterland ist die Republik, die wir schaffen. Das Vaterland ist die Verfassung, die wir lebendig machen. Das Vaterland ist die Freiheit, deren wir uns wehrhaft erfreuen, wenn wir sie selber fördern, nutzen und bewachen.“

Diesen Verfassungspatriotismus haben Sie und die Träger dieses Ordens unter Beweis gestellt und werden dies, dessen bin ich gewiss, auch künftig beherzigen.

Die Bayerische Verfassung ist ein großartiges Dokument unserer Zeitgeschichte, klug und volksnah verfasst, für jeden Leser verständlich. Auch mit 78 Jahren bleibt sie lebendig und zukunfts offen. Die Präambel ist und bleibt Programm für Bayern und seine Bürger. Der Bezug auf Gott, das Gewissen und die Würde des Menschen sind zeitlos gültige Grundwerte. Was damals Christsoziale, Sozialdemokraten und Liberale einvernehmlich formulierten und beschlossen, sollte auch in unserer Zeit Auftrag und Vergewisserung sein.

Der Art. 131 formuliert diese Werte als oberste Bildungsziele: Ehrfurcht vor Gott, Achtung vor religiöser Überzeugung und vor der Würde des Menschen, Selbstbeherrschung, Verantwortungsgefühl und Verantwortungsfreudigkeit, Hilfsbereitschaft und Aufgeschlossenheit für alles Wahre, Gute und Schöne und Verantwortungsbewusstsein für Natur und Umwelt. Im Art. 100 ist die goldene Regel enthalten, was Du nicht willst das man Dir tu, dass füg auch keinem andern zu. In Art. 122 finden sich die Pflichten des Bürgers gegenüber Gemeinwohl und Staat. Es ist ein besonderes Merkmal der bayerischen Verfassung, nicht nur Rechte zu formulieren, wie im Grundgesetz, sondern auch die Pflichten, die zum demokratischen Leben gehören. Der Art. 141 schützt Umwelt und Denkmäler als nachhaltiges Prinzip zum Erhalt von Leben und Schöpfung. In Art. 154 findet sich das grundlegende Prinzip der Subsidiarität. In Art. 163 Abs. 1 steht der Satz:“ Der Bauer ist nicht an die Scholle gebunden“. Das war für mich persönlich wichtig, weil ich als Erbe einer kleinen Landwirtschaft zwar alle landwirtschaftlichen Arbeiten in meiner

Jugendzeit verrichtete, aber doch einen anderen Beruf wählen durfte...

Ich hatte die Freude und Ehre, Mitglieder der Verfassungsgebenden Landesversammlung, die 1946 in einer Volkswahl gewählt wurden, persönlich kennen zu lernen.

Wilhelm Hoegner, ein Mann der ersten Stunde, der Fritz Schäffer schon 1945 als Ministerpräsident nachfolgte, später als Innenminister und nochmaliger bayerischer Ministerpräsident und als Landtagsvizepräsident wichtige politische Funktionen einnahm, gehört zu den Vätern der bayerischen Verfassung. Aufgrund seiner demokratischen Überzeugung musste er seine Heimat Bayern verlassen und verfasste noch im Exil in der Schweiz einen Entwurf für die spätere Verfassung, der auch Eingang in das Verfassungswerk fand. Im Sommersemester 1961 hörte ich bei ihm Verfassungsrecht an der Ludwig-Maximilians-Universität in München. Als ich 1969 persönlicher Referent von Anton Jaumann wurde, durfte ich von der Bank hinter den Kabinettsmitgliedern den Bayerischen Landtag aus dieser Perspektive beobachten. Der greise Mann hatte sich in Jahrzehnten als vorbildlicher Demokrat erwiesen. Von ihm stammt die Formulierung in Art. 3 dass Bayern ein Rechts-, Kultur- und Sozialstaat ist.

Hans Ehard diente Bayern als Ministerpräsident in schwersten Zeiten, als Justizminister und als Präsident des Bayerischen Landtags. Diesem klugen und vornehmen Mann bin ich persönlich begegnet, wenn er in den siebziger Jahren seine Frau Sieglinde,

die wie ich im Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft und Verkehr arbeitete, besuchte. Er war als 2. Staatsanwalt im Justizverfahren gegen Adolf Hitler nach dem Putsch 1923 tätig.

Auch einem weiteren untadeligen Demokraten und maßgeblichen Mitgestalter der bayerischen Verfassung, Alois Hundhammer durfte ich persönlich kennen lernen. Er wandte sich mutig gegen die Diktatur, wurde ins Konzentrationslager Dachau verbracht und musste dort in Sträflingskleidern die Walze ziehen. Der zweifache Doktor verbrachte 12 schwierige Jahre als Inhaber einer Schuhreparatur. Kultusminister, Fraktionsvorsitzender, Landtagspräsident und Landwirtschaftsminister waren die Stationen seines politischen Lebens nach 1946. Ich sehe ihn noch vor mir mit seinem biblischen Bart und den markanten Zügen, unverwechselbar, konservativ und streitbar.

Am nächsten stand mir Fridolin Rothermel. Wenige Wochen nach meinem Vater, im Jahr 1895 in Oberrohr auf der anderen Seite der Dorfstraße auf die Welt gekommen. Er durfte das Gymnasium besuchen, studierte Volkswirtschaft und promovierte über das große Hilfswerk für behinderte Menschen in Ursberg. Der promovierte Volkswirt besuchte die Landwirtschaftsschule in St. Ottilien, heiratete auf einen Bauernhof nach Bayersried, wurde Bürgermeister, Landtags und Reichstagsabgeordneter bis 1933. Die Nationalsozialisten enthoben ihn aller Funktionen und Ämter. 13 Jahre bestritt er sein Leben als Bauer auf dem gemeinsamen landwirtschaftlichen Anwesen. Einer seiner Söhne fiel im Zweiten Weltkrieg, seine Frau

verstarb noch vor Kriegsende. Dessen ungeachtet stellte er sich der neuen Demokratie zur Verfügung, wurde Landrat, war Mitglied der Verfassungsgebenden Landesversammlung, des Bayerischen Senats und Präsident des bayerischen und deutschen Bauernverbandes. Schon früh setzte er sich für eine europäische Agrarpolitik ein. Auf einer Fahrt nach Paris verunglückte er 1955 tödlich. Auf der großen Trauerfeier in Ursberg sprachen Reichsminister Andreas Hermes, zeitweise auch Finanzminister in der Weimarer Republik, der junge Bundesminister Franz Josef Strauß und Bayerns Landwirtschaftsminister Josef Baumgartner. Strauß zitierte damals die Inschrift auf einem Bauernhof:

“Non degenerabo“

Ich werde mir treu bleiben. Das blieb mir Motto für mein politisches Leben.

Kluge Verfechter der Sozialen Marktwirtschaft, die als Begriff weder in der Bayerischen Verfassung noch im Grundgesetz verankert ist, waren Albert Kaifer aus Schwaben und Hugo Karpf aus Unterfranken. Es hatte sich eine Allianz zwischen Bauern und Gewerkschaftlern entwickelt, die eine staatlich gelenkte, dirigistische Wirtschaftsverfassung favorisierten. Dagegen erhob die amerikanische Militärregierung Einspruch. Die beiden genannten Politiker fanden einen klugen Kompromiss, der nicht im Gegensatz zu den Prinzipien einer Sozialen Marktwirtschaft stand, wie sie Ludwig Erhard verfocht.

Es war Ministerpräsident Wilhelm Hoegner der den damals noch unbekanntem Professor Ludwig Erhard aus Fürth im Jahr 1945 als Wirtschaftsminister nach

München holte. Der Marktwirtschaftler Ludwig Erhard, der noch 1944 eine Denkschrift über den Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft nach dem verlorenen Krieg verfasst und sich dadurch in Lebensgefahr gebracht hatte, war mit der damaligen Mängelwirtschaft konfrontiert. 14 Monate fungierte er im Amt. Der erste Untersuchungsausschuss der westdeutschen Demokratie stellte 1948 fest:

“Dem Minister a.D. Dr. Erhard können nach der Überzeugung des Ausschusses keine Vorwürfe in Bezug auf die Lauterkeit der Person gemacht werden....., ihm fehle die nötige Verwaltungserfahrung zur Führung eines Ministeriums.“

Die bayerische und deutsche Demokratie hat seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs Unglaubliches vollbracht. 14 Millionen Heimatvertriebene, davon 2 Millionen in Bayern wurden aufgenommen und haben den Wiederaufbau maßgeblich mit beeinflusst. Der Lastenausgleich war eine große soziale Tat. Von 1949-1960 wurde $\frac{1}{4}$ des Bundeshaushalts dafür aufgewendet, den Vertriebenen eine neue Existenz zu ermöglichen.

Für das freie westliche Berlin wurden von 1951-1989 192 Milliarden DM zur Verfügung gestellt. Gegen Ende der Teilung waren es 21 Milliarden DM pro Jahr.

Der Aufbau der Bundeswehr von 1955-1962 verschlang fast $\frac{1}{3}$ des Bundeshaushalts.

2,5 Billionen €, das sind ca. 5000 Milliarden D-Mark waren in den letzten 35 Jahren erforderlich, um die Deutsche Einheit zu finanzieren. In den

Anfangsjahren waren dies 4-5 % des BIP. Trotz dieser Herausforderung haben wir die Kriterien von Maastricht erreicht und die gemeinsame europäische Währung verwirklicht, die ein Segen für Deutschland und Europa ist.

100 Milliarden DM haben wir den Nachfolgestaaten der Sowjetunion als Darlehen zur Verfügung gestellt. 50 Milliarden DM gingen an die mittel- und osteuropäischen Länder.

Wir dürfen stolz sein auf diese Leistungen die unsere Vorfahren, aber auch wir vollbringen durften. Warum soll es nicht möglich sein, ähnliche Herausforderungen, die sich jetzt im Krieg Russlands gegen die Ukraine zeigen, und die uns alle in Mitleidenschaft ziehen, zu bewältigen?

Politische Führung bedarf der Diagnose über die bestimmenden Kräfte der Zukunft, einer realistischen Zeitdiagnose und der notwendigen Maßnahmen. Dazu wird es notwendig sein, dem Volk und allen Bürger klarzumachen, dass dies ohne Opfer und Verzicht nicht geht. Wir können nicht auf die Dauer mehr verbrauchen, als wir erwirtschaften. Das Prinzip der Nachhaltigkeit gilt nicht nur in der Umweltpolitik, sondern auch in der Finanz und Wirtschaftspolitik. Deutschland muss seiner Führungsverantwortung in Europa wieder gerecht werden.

Dabei finden wir eine veränderte politische Landschaft in Deutschland, Europa und der Welt vor. Es gilt, die Krise der Demokratie philosophisch und historisch zu hinterfragen. Vor über 100 Jahren hat Karl Barth die

Situation zwischen den Zeiten beschrieben: "Zwischen den Zeiten weiß man, dass die Traditionen nicht mehr tragen und die Institutionen keine Sicherheit mehr geben. Man spürt die Krise des Bestehenden und fördert sie durch rückhaltlose Kritik. Darum ist man zwischen den Zeiten stark in der Negation und schwach im Positiven".

1949 antwortet Joseph Bernhart auf die Frage nach Ursachen der demokratischen Krise. Aus dem Wesen der Demokratie folge die Möglichkeit der Krise durch den Missbrauch der demokratischen Freiheiten. So ist die Demokratie der Gefahr der Zerstörung ausgesetzt. Die Rücksicht und Kooperation mit größeren Gemeinschaften schwindet und mit der egoistischen Betonung des nationalen Interesses werden Wähler gewonnen.

Das haben wir in den Niederlanden, in Finnland, Polen Ungarn Österreich und Frankreich erlebt. In Großbritannien haben die Populisten zum Nachteil ihres Landes gesiegt und in den USA droht die Wiederkehr einer Politik, die sich aus der internationalen Solidarität entfernt.

Ich mache mir auch in Deutschland Sorgen.

Wer die Zeit von 1933-1945 als „Vogelschiss in der deutschen Geschichte“ bezeichnet wie Alexander Gauland, verrät eine gefährliche Verkennung der Geschichte.

„Das große Problem ist, dass man Hitler als das absolut Böse darstellt“. Dieses Zitat stammt von Björn Höcke.

.Dem stellen wir die Grundsätze und Grundwerte unserer Verfassung und unserer Demokratie entgegen.

Das sittliche Prinzip der Freiheit ist nicht zu halten, ohne den Wechseldienst zwischen der Ordnung, die die Menschen trägt und den Menschen, die die Ordnung tragen.

Dabei gilt es dem Begriff des Politischen, wie es der umstrittene Verfechter nationalsozialistischen Rechtsdenkens Carl Schmitt 1932 formuliert hat, entschieden zu widersprechen. Für ihn lassen sich politische Handlungen und Motive auf die Unterscheidung von Freund und Feind zurückführen. Der politische Feind ist auch der Andere, der Fremde. Es genügt, anders und fremd zu sein zu sein, um Konflikte und Feindschaft zu begründen.

Das sind die Ideologien, mit denen populistische Bewegungen in anderen Ländern, aber auch in Deutschland, um Stimmen und Macht kämpfen, um eine Veränderung der demokratischen Grundordnung zu erreichen.

Das sittliche Prinzip der Freiheit verlangt Dialog, Auseinandersetzung, Kompromiss und Konsens. Das können demokratische Volksparteien leisten, die alle Schichten der Bevölkerung als Mitwirkende in ihren Reihen finden. Zur Demokratie gehören Regierung und Opposition. In 30 Jahren meiner Parlamentszugehörigkeit waren es 16 Jahre auf der Regierungsseite und 14 Jahre in der Opposition. Natürlich habe ich als Oppositionsabgeordneter die Regierung attackiert und kritisiert. Mein Ziel war es, die Regierung mit demokratischen Mitteln abzulösen,

um eine nach meiner Meinung bessere Regierung zu etablieren. Auch als Oppositionsabgeordneter befand ich mich in einer funktionierenden Demokratie und ich respektierte Wahlergebnisse, die andere Mehrheiten erbrachten. Es geht nicht darum, die Demokratie zurückzuholen, sondern mit demokratischen Mitteln den demokratischen Prozess zu gestalten, sei es in der Regierung, sei es in der Opposition. Dazu gehört das Gespräch, die Debatte, der Streit und der Respekt vor demokratisch getroffenen Entscheidungen. Es müssen auch politische Freundschaften über Parteigrenzen hinweg möglich sein und die Demokratie beleben. Helmut Schmidt, den ich oft in Hamburg besuchte, schrieb mir wenige Monate vor seinem Tod: "Freue mich, in Ihnen einen Freund in Bayern zu haben." Auf diese Bekundung bin ich stolz.

Am Schluss seiner Betrachtung gibt uns Joseph Bernhart eine Weisung mit auf den Weg:

"Der Mensch ist geschaffen, um die Ordnung der Dinge zu erkennen und sich selbst in Ordnung zu bringen".

Ich bitte Sie inständig, sich diese Erkenntnis zu eigen zu machen, für diese demokratische Ordnung einzutreten und dies auch in ihrem persönlichen, beruflichen, gesellschaftlichen Leben mit Entschiedenheit weiterhin zu verwirklichen.

Carlo Schmidt, einer der maßgeblichen deutschen Verfassungsväter 1949, hat es einmal so formuliert:: "Jede Nation braucht, um bestehen zu können, eine junge Elite, die sich ihr tätig und leidend verbunden weiß."

Tun wir es jetzt tätig, damit wir nicht später für unser Zögern büßen müssen.